

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 18. Juni 2020

Vorsitz: Sven Ammann, Einwohnerratspräsident

Anwesend: 38 Mitglieder des Einwohnerrats
5 Mitglieder des Stadtrats

Auskunftsperson: Christoph Hofstetter, Stadtschreiber
Susanne Buri, Schulpflegepräsidentin

Protokollführung: Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber

Entschuldigt: Phoebe Cueni
Christina Bachmann-Roth

Zeit: 18.30 Uhr bis 20.55 Uhr

Ort: Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von Fritz Bryner (SP) und Monika Kull (GLP) anstelle der zurückgetretenen Anja Vögeli Knapp und Martin Geissmann
3. Bericht Schulraumplanung 2020; Kenntnisnahme
4. Bleiche; Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad, Einbau Räume für Textiles und Technisches Gestalten und für die Tagesstrukturen; Planungskredit; Vorprojekt
5. Schulhaus Mühlematt; Erweiterung des bestehenden Schulhauses (Realisierung der 2. Etappe); Planungskredit; Vorprojekt
6. Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung; Evaluation und Anpassung des Reglements per Schuljahr 2020/2021
7. Coronavirus; Wirtschaftsförderung
8. Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, herzlich Willkommen zur 13. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich vor 14 Wochen erleichtert aus dieser Aula ging. Ein guter Einstand, mit wenigen Patzern, stand in der Zeitung. In diesem Sinne begrüsse ich Ruth Steiner und Urs Helbling von der Aargauer Zeitung und vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger, Alfred Gassmann. Besten Dank für die Berichterstattung.

Es wäre vermessen von mir zu behaupten, dass ich dies alles alleine mache. Wie beim Teamsport gibt es auch hier wichtige Mitspieler. Z.B. links aussen Stefan Wiedemeier, ein legendärer Vorlagengeber. Nun aber zu meiner Rechten, unsere Vizepräsidentin, Beatrice Taubert. Sie ist eher bekannt und berüchtigt für ihre linken Vorstösse. Als Auskunftspersonen oder auch Schiedsrichter begrüsse ich unsern Stadtschreiber, Christoph Hofstetter, und die Präsidentin der Schulpflege, Susanne Buri. Ein besonderer Dank unserem

Platzwart, Marcel Wattinger, mit seinem Team, das uns eine sichere Spielwiese bereitgestellt hat.

Absichtlich ziehe ich bei meiner Begrüssung Parallelen zum Fussball, wäre doch gestern unser Klassiker schlechthin im Fernseher übertragen worden, Italien gegen die Schweiz. Viel passierte in den letzten Wochen und ich freue mich, Euch hier im Rat wieder bei bester Gesundheit begrüßen zu dürfen. Es kehrt langsam (trotz Coronavirus-Pandemie) wieder eine neue Normalität in unser Leben ein.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. März 2020 wurde Ihnen heute ausgeteilt oder Sie haben es am Dienstag per Mail erhalten.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 12. März 2020 sind in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Es liegen keine Neueingänge vor.

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Phoebe Cueni, sie ist am Endspurt ihrer Bachelorarbeit. Christina Bachmann-Roth wurde am 6. Juni 2020 zum vierten Mal Mutter. Ich wünsche ihr und der gesamten Familie einen guten Start. Lukas Häusler und Martin Killias haben etwas Verspätung und werden im

Verlaufe der Sitzung eintreffen. Heiner Cueni wird uns – falls die Sitzung länger dauern sollte – etwas früher verlassen müssen.

2 Inpflichtnahme von Fritz Bryner (SP) und Monika Kull (GLP) anstelle der zurückgetretenen Anja Vögeli Knapp und Martin Geissmann

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Für die Inpflichtnahme bitte ich Fritz Bryner und Monika Kull vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln." Mit den Worten "Ich gelobe es" leisten hierauf Fritz Bryner und Monika Kull ihr Gelübde. [Applaus]

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Herzlich Willkommen im Einwohnerrat. Ihr werdet viele interessante Zusammenhänge von Lenzburg erfahren und mit Unterstützung eurer Fraktion sicher bald ein aktiver Teil in unserem Rat sein. Vielen Dank.

3 Bericht Schulraumplanung 2020; Kenntnisnahme

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Die GPFK verzichtet auf eine Stellungnahme. Das Wort ist offen. Wer möchte sich zum Bericht äussern?

Yvonne Bernasconi-Stacoff (SP): Die SP-Fraktion möchte sich beim Stadtrat für die detaillierte und übersichtliche Schulraumplanung bedanken. Diese Dokumentation ist eine solide Grundlage, welche die Dringlichkeit der neuen Schulräume explizit unterstreicht und aufzeigt, dass es sich hier nicht um ein Wunschbedürfnis handelt. Die Entwicklung der Schülerzahlen für die nächsten Jahre spricht für sich. Handeln ist angesagt. Auf allen Schulstufen wird ein Zuwachs erwartet. Die zur Verfügung stehenden Schulräume reichen nicht aus und für die Lehrer ist die vorherrschende Situation eine grosse Herausforderung. Es darf nicht vergessen werden, dass die Unterrichtsräume zur Attraktivität eines Arbeitsplatzes beitragen. Mit Lehrermangel hat Lenzburg jetzt schon zu kämpfen. Die Vorlagen Bleiche und Schulhaus Mühlematt sind enorm wichtig, weil dadurch rasch genügend Schulraum für die nächsten Jahre bereitgestellt werden kann, sodass es gerade noch reicht, in einer rollenden Planung eine Misere abzuwenden. Insofern wird auch Zeit gewonnen, um die Schulraumplanung in einem erweiterten Horizont vorzunehmen. Es kann sein, dass die Einwohner- bzw. auch die Schülerzahlen in den nächsten zehn Jahren stagnieren. Dies weiss leider niemand genau.

Wir wünschen, dass die Planung jährlich aktualisiert und dem Einwohnerrat zur Verfügung gestellt wird, damit die kurz- und langfristige Planung (mit den natürlich zu erwartenden Abweichungen) ersichtlich ist und für die Entscheidungen hier im Rat genutzt werden kann. Es wäre ein sinnvolles Planungsinstrument für alle Beteiligten. Bitte vergesst die Betroffenen bei den folgenden Entscheidungen nicht; dies sind die Lehrpersonen, die Kinder, die Schülerinnen und Schüler. Sie sind die Zukunft von Lenzburg. Viel mehr habe ich dazu nicht zu sagen, ausser, es ist fünf vor Zwölf.

Corinne Horisberger-Buri (FDP): Ich möchte mich beim Stadtrat für die Erarbeitung des Schulraumplanungsberichts bedanken. Der Bericht ist eine gute Basis und zeigt klar die aktuelle Schulraumknappheit auf und somit den dringenden Bedarf der nächsten beiden anstehenden Geschäfte. Ich möchte aber trotzdem noch auf ein paar Einzelheiten eingehen.

Der Bericht prognostiziert die Situation der kommenden rund 15 Jahre. Er basiert auf einer Bevölkerungszunahme von 1,27 % und einer Geburtenziffer von 0,98 % gem. dem kantonalen Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Lenzburg hat sich in den letzten zehn Jahren klar über dem kantonalen Schnitt entwickelt. Überdurchschnittlich war auch die Geburtenziffer. Wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass – ausser beim Kindergarten – beim Raumbedarf

mit Maximalklassengrössen gerechnet wird, zeigt dies klar auf, dass mit dem Bau der Bleiche und der Etappe 2 des Mühlemattschulhauses genau die notwendigen Raumkapazitäten erreicht werden. Aus diesem Grund würden wir es begrüßen, wenn der Schulraumbericht mit einer Sensibilitätsanalyse erweitert würde. Die Klassengrössen sind aus meiner Sicht ein strategisches Thema. Möchte Lenzburg zukünftig die Anzahl Schüler pro Klasse tatsächlich voll ausreizen? Dies hat am Schluss Auswirkung auf die Qualität unserer Lehrpersonen und des Unterrichts; langfristig auch auf die Attraktivität des Schulstandorts Lenzburg. Gute Lehrpersonen können bereits heute auf dem Stellenmarkt auswählen. Genau solche Kriterien sind am Schluss der Grund, dass sich ein guter Lehrer für oder gegen Lenzburg entscheidet. Dass die zusätzlichen Schüler auch die Turnhallen mehr auslasten, wird grundsätzlich festgehalten. Eine Turnhallenknappheit liegt aber bereits heute vor und betrifft vor allem das Oberstufenzentrum. Im Bericht kommt dies – aus meiner Sicht – zu wenig zum Ausdruck. Bezirksschülerinnen und -schüler besuchen schon heute den Sportunterricht im Primarschulzentrum Angelrain. Zudem können in Lenzburg nicht einmal ein MuKi-Turnen oder ein Turnen für Jedermann angeboten werden, da keine Turnhalle zur Verfügung steht. Kann die Situation durch einen Turnunterricht der Oberstufe am Mittwochnachmittag entspannt werden, bedeutet dies, dass die Jugi auch nicht mehr stattfinden kann. Sport ist eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, für die sich auch zahlreiche Leiter und Leiterinnen ehrenamtlich engagieren. In einer Stadt wie Lenzburg muss dieses Angebot zwingend Platz haben. Ob die neue Kantonsschule tatsächlich in Lenzburg ihren Standort haben wird, ist aufgrund der neusten Entwicklungen überhaupt nicht sicher. Wieso sucht man für unseren Turnhallennotstand nicht eine Kooperation mit dem Aarg. Turnverband, welcher aktuell den Bau des Aarg. Turnzentrums in Lenzburg plant?

Es freut mich, dass auch die Tagesschule im Bericht erwähnt wird. Wie festgehalten wird, wird bei einer Tagesschule der Unterricht und die Betreuung in einem ganzheitlichen Konzept miteinander verbunden. Ich möchte aber klar darauf aufmerksam machen, dass eine Tagesschule mit ziemlicher Sicherheit mehr Raumkapazität in Anspruch nimmt, als eine "normale" Schule. D.h., wenn man nun die Etappe Mühlematt 2 in Angriff nimmt, müssen wir uns bereits heute zwingend überlegen, wie man eine Tagesschule in ein Primarschulhaus integrieren kann oder was für bauliche Anpassungen vorgenommen werden müssen, dass dies ohne grossen Aufwand möglich sein wird. Ansonsten werden wir in fünf Jahren, wenn das Schulhaus Mühlematt 2 realisiert ist und allenfalls eine Tagesschule eingeführt werden soll, soweit wie heute sein und erkennen müssen, dass weiterer Schulraum benötigt wird. Aufgrund all dieser Entwicklungen erachten wir es als sinnvoll, wenn im vorliegenden Bericht aufgezeigt wird, wie man die beiden Schulanlagen der Primar- und Oberstufe weiter ausbauen kann. D.h., dass wir nicht nur eine Machbarkeitsstudie für die Schulanlage Lenzhard in Angriff nehmen sollten, sondern auch für die Schulanlage Angelrain.

Michael Häusermann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat ebenfalls für den Schulraumplanungsbericht. Alle Familien mit Kindern sind täglich mit der Thematik der Schule konfrontiert. Somit wäre der Inhalt des Berichts für viele Bewohnerinnen und Bewohner durchaus wichtig. Leider befassen sich nur wenige Bürgerinnen und Bürger mit diesem Thema. Dafür sind wir Einwohnerratsmitglieder da und befassen uns mit dem Bericht.

Es ist richtig, dass ein massgeblicher Faktor für die Schulraumplanung die Bevölkerungsentwicklung einer Gemeinde ist. Das enorme Wachstum, welches unsere Stadt in den letzten zehn Jahren erfahren durfte, hat Spuren hinterlassen. Aus diesem Grund werden wir uns in den nächsten Jahren immer wieder mit Schulbauten auseinandersetzen müssen. Ob das Wachstum, welches sich zum Glück etwas verlangsamt hat, auch mehr Wohn- und Lebensqualität für uns Lenzburgerinnen und Lenzburger mit sich bringt, bezweifle ich. Wohltuend ist für mich die Aussage im Bericht, dass zumindest die Ortsbürger kein Interesse daran haben, das Seifi- oder das Zeughausareal mit Wohnungen zu überbauen. Dass im Bericht mit einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von 1,27 % gerechnet wird, nehmen wir zur Kenntnis. Wir gehen von einem höheren Wachstum aus. Ob auch die Geburtenziffer von 0,98 % stimmt, werden wir in ein paar Jahren sehen. In den letzten Jahren hat Lenzburg die Geburtenzahlen eher etwas unterschätzt. Wir gehen davon aus, dass die 0,98 % zu tief angesetzt sind. Die Geburtenrate hängt auch mit der Bautätigkeit zusammen. Dazu kommt, dass die grösste Bevölkerungsschicht, welche wir in Lenzburg haben, Personen zwischen 26 und 40 Jahren sind, also jene Generation, die an die Gründung von Familien denkt.

Dass die Lenzburger Schulanlagen in den letzten Jahren in Primar- und Oberstufenzentrum aufgeteilt wurden, ist richtig. Wir stehen nach wie vor hinter dieser Entscheid. Wir sind dankbar, dass nicht nur in der Vorlage Bleiche, sondern auch im Schulraumbericht aufgezeigt wird, welchen Einfluss der Lehrplan21 hat und dass die Einführung des Fachs Textiles und Technisches Gestalten viel Platz benötigt und deshalb Schulraum dringend nötig ist. Wir begrüssen, dass der Bericht den aktuellen Stand und die mutmassliche Entwicklung aufzeigt. Die Tatsache, dass letztes Jahr eine Abrechnung über Fr. 27'497'465 für Schulbauten vorgelegt wurde, erschreckt uns. Wir haben heute nun wieder über Schulraumvorlagen zu befinden und das Thema ist damit noch nicht abgeschlossen.

Fazit: Für die SVP-Fraktion stimmt dieser Bericht. Eventuell sind die Prozentsätze teilweise zu tief angesetzt, aber es wurde fundiert gearbeitet. Für uns ist dieser Bericht als Planungsinstrument verwendbar. Schade, sieht man im Bericht nicht, wer ihn erstellt hat. Wir sehen diesen Bericht auch als Parallele zum Finanzplan, der rollend überarbeitet werden muss. Wir erwarten, dass ein aktualisierter Bericht Schulraumplanung spätestens in vier Jahren dem Einwohnerrat wieder vorgelegt wird. Wir danken und stehen positiv hinter dem Bericht.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wird weiterhin das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit nehmen wir den Bericht zur Kenntnis.

4 Bleiche; Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad, Einbau Räume für Textiles und Technisches Gestalten und für die Tagesstrukturen; Planungskredit; Vorprojekt

Sprecher der GPFK ist Beat Hiller (GLP): Über dieses Projekt haben wir bereits vor einigen Monaten diskutiert und die damalige Vorlage abgelehnt, mit der Auflage, dass ein Vorprojekt, in welchem alle Risiken geprüft und die Chancen aufgezeigt werden, vorgelegt wird. Der Bedarf für den Schulraum war bereits damals unbestritten. Die GPFK erachtet jedoch das Thema Heizung als wichtig. Im Rahmen des Vorprojekts sollen hier auch alternative Systeme geprüft werden.

Die GPFK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Planungskredit Vorprojekt für die Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad und Einbau für Räume für Textiles und Technisches Gestalten und für die Tagesstrukturen von brutto Fr. 248'500.– zu bewilligen.

Bettina Hänny (CVP): Wir sind erfreut, dass uns die Honorare und der Zeitplan auch bei der Vorlage Schulhaus Mühlematt, 2. Etappe, präsentiert werden. Dies führt zu der von uns gewünschten Transparenz. Danke für diesen Aufwand.

Betreffend Heizungsanlage möchte ich ergänzen, dass für die Bleiche Wärmetauscher Luft oder Wasser geprüft werden. Hier dürfte uns die Lage des Gebäudes direkt am Aabach entgegenkommen.

Christoph Nyfeler (FDP): Wir begrüßen, dass mit dem Vorprojekt Planungskredit dieses Mal ein korrekter Ablauf gesichert ist. Wir wünschen, dass für zukünftige Projekte in dieser Grössenordnung Vorprojekte vorgelegt werden.

Das Dachgeschoss ist als optionale Nutzung eingeplant. Nachdem der Raumbedarf zunehmen wird, schlagen wir vor, den Ausbau bereits heute vorzusehen oder einzuplanen, damit dies nicht später nachgeholt werden muss und zu höheren Kosten führt.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Da das Wort nicht mehr gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Antrag des Stadtrats vom 13. Mai 2020 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat bewilligt den Planungskredit Vorprojekt für die Gebäudesanierung, die Sanierung Wasserrad, den Einbau Räume für Textiles und Technisches Gestalten und für die Tagesstrukturen von brutto Fr. 248'500.–.

5 Schulhaus Mühlematt; Erweiterung des bestehenden Schulhauses (Realisierung der 2. Etappe); Planungskredit; Vorprojekt

Sprecher der GPFK ist Franck Robin (SP): Bei der Vorlage geht es um die zweite Massnahme, nach der Sanierung des Gebäudes Bleiche, zur Sicherung des Schulraumbedarfs für die kommenden Jahre. Der Bedarf ist, da im aufschluss- und umfangreichen Bericht des Stadtrats zur Schulraumplanung nachgewiesen, unbestritten. Diesem Bericht kann entnommen werden, dass insgesamt ein Bedarf von 36 bis 37 Abteilungen für die Kindergarten- und Primarstufe bis ins Jahr 2036 bestehen wird. Mit der Realisierung der 2. Etappe könnten wir 40 Klassen führen und dadurch die Nachfrage für Schulzimmer abdecken, auch im Falle eines stärkeren Wachstums der prognostizierten Schülerzahlen. Die 2. Etappe des Schulhauses Mühlematt basiert auf die im ursprünglichen Projekt Schulhaus Mühlematt bereits vorgesehene Erweiterung. Aus diesem Grund hat der Stadtrat auf eine neue Ausschreibung verzichtet.

Trotzdem wird eine Überarbeitung des Raumprogramms notwendig sein. Unter anderem weil im damaligen Projekt davon ausgegangen wurde, dass die Musikschule im Schulhaus Mühlematt untergebracht wird. Mittlerweile hat der Musikunterricht im Schulhaus Bleicherain ein neues und grosszügiges Zuhause erhalten. Die Bedürfnisse für die Regelklassen sind nicht dieselben wie für die Musikschule. Z.B. benötigt man Gruppenräume, welche in der Planung berücksichtigt werden müssen. Die GPFK hat mit dem Stadtrat verschiedene Punkte besprochen. Ein Punkt war, dass die 2. Etappe des Schulhauses Mühlematt während des Schulbetriebs erstellt werden kann, was sehr wichtig ist. Es muss kein Provisorium errichtet werden. Arbeiten, die mehr Lärm generieren, werden (wenn möglich) während den Schulferien ausgeführt. Dieser Aspekt wurde bereits in der ursprünglichen Planung berücksichtigt.

Eine optionale spätere Aufstockung der 2. Etappe wird mit der Planung abgeklärt. Der Stadtrat vermutet, dass das bestehende Schulhaus Mühlematt

(1. Etappe) nicht aufgestockt werden kann. Jedoch ist eine Aufstockung des Anbaus vorstellbar. Es gibt jedoch auch städtebauliche Aspekte, die berücksichtigt werden müssen. Weiter wurde die Terminplanung diskutiert. Wieso wird die 2. Etappe des Schulhauses Mühlematt erst nach der Bleiche realisiert? Der Hauptgrund ist ein finanzplanungstechnischer.

Das Schulhaus Mühlematt wird mit Fernwärme versorgt, was auch für die 2. Etappe so geplant ist. Geprüft wird das Wärmemanagement, vor allem in den Sommermonaten, da dieses im bestehenden Bau nicht optimal ist.

Die GPFK begrüsst die Vorlage, gibt aber dem Stadtrat auch mit auf den Weg, dass die rollende Schulraumplanung soweit wie möglich auch bei der Planung der 2. Etappe berücksichtigt werden soll. Die GPFK stimmt der Vorlage einstimmig zu. Das weitere Vorgehen kann aus der Vorlage entnommen werden. Nach Erarbeitung der Planung des Vorprojekts und des Bauprojekts plant der Stadtrat, den Ausführungskredit für Dezember 2020 in den Rat zu bringen, gefolgt von einer Urnenabstimmung im März 2021. Die SP stimmt der Vorlage ebenfalls zu.

Markus Thöny (SVP): Die Stadt Lenzburg hat in den Jahren 2008 bis 2019 diverse Um- und Neubauprojekte für Schulliegenschaften umgesetzt. So wurde im Areal des heutigen Primarschulzentrums Angelrain neben der Sanierung des Bleicherainschulhauses der Neubau Mühlemattschulhaus, Etappe 1, realisiert. Diese beiden Kreditabrechnungen schlugen mit rund 31,8 Mio. Franken zu Buche. In den letzten 12 Jahren hat Lenzburg rund 41 Mio. Franken in Schulbauten und somit in die Bildung investiert. Diese Ausgaben darf man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Diese beachtlichen Investitionen sind grösstenteils auf das Bevölkerungswachstum in Lenzburg und Umgebung zurückzuführen. Die noch vor wenigen Jahren bestehenden Schulraumreserven brauchte man kontinuierlich auf.

Am 27. Juni 2018 hat der Regierungsrat den neuen Lehrplan Volksschule auf der Grundlage des Lehrplans21 erlassen. Alle Schulstufen, vom Kindergarten bis zur dritten Oberstufe, werden zwischen 2020 und 2023 in den neuen Lehrplan überführt. Basierend auf die Bevölkerungsentwicklung und die Geburtenzahlen überarbeitete der Stadtrat die Schulraumplanung. Es wurden Hochrechnungen bis ins Jahr 2032 gemacht. Man hat die zusätzlichen Pflichtfächer, welche der Lehrplan21 mit sich bringt, berücksichtigt. Der vorliegende Bericht zeigt deutlich auf, dass in den nächsten Jahren dringend zusätzlicher Schulraum geschaffen werden muss. Abhilfe schaffen soll dem u.a. die Realisierung der 2. Etappe des Schulhauses Mühlematt. An der Einwohnerratssitzung vom 2. Dezember 2010 hat der Rat den Kreditantrag für den Neubau Schulhaus Mühlematt, 1. Etappe, mit 26 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen. Gegner gab es keine. Der Bedarf für zusätzlichen Schulraum wurde damals schon von allen Fraktionen erkannt. Die Diskussion richtete sich auch nicht gegen den Neubau. Die SVP-Fraktion hat sich damals allerdings ganz klar gegen eine Ausführung in zwei Etappen ausgesprochen. Dies nicht nur aus Kostengründen. Es wurde

in der Fraktion vermutet, dass der zusätzliche Raum eher früher als später benötigt wird. Heute wissen wir, dass der Raum bereits in den letzten Jahren hätte gebraucht werden können. Der von der SVP gestellte Rückweisungsantrag unterlag damals dem Rat.

Heute steht der Planungskredit der Etappe 2 auf unserer Traktandenliste. Wiederum kann der Vorlage entnommen werden, dass eine Aufstockung eines weiteren Geschosses geprüft wird. Die statische und baurechtliche Prüfung ist bereits am Laufen. Das Resultat und die Kosten werden im Baukredit aufgezeigt. Erneut möchte die SVP-Fraktion beliebt machen, diese Aufstockung – falls sie möglich sein sollte – sofort zu realisieren. Die Kosten um ein drittes Mal eine Baustelle einzurichten und Baukrane aufzustellen, würden zu viel unseres kostbaren Guts, nämlich der Steuergelder, verschlingen. Wir erwarten, dass der Baukredit mit drei Varianten aufzeigt, was der Bau ohne Aufstockung, mit Aufstockung und eine Aufstockung zu einem späteren Zeitpunkt kosten wird. Zudem fordern wir den Stadtrat auf, mit grossem Mut, das Baugesuch mit vier Geschossen einzureichen. Allfällig eingehende Einsprachen können den provisorischen Zeitplan gefährden. Die Chancen, dass keine eingehen, ist existent. Schliesslich handelt es sich um eine öffentliche Bautätigkeit, die der Bildung und somit einem der wichtigsten Güter der Schweiz dient. Die SVP-Fraktion wird dem Planungskredit einstimmig zustimmen.

Heiner Cueni (FDP): Wir benötigen Schulraum, dies ist unbestritten. Vor zehn Jahren wurde über Rückweisung, bauen, leeren Raum vermieten etc. diskutiert. Der Planungshorizont betrug damals nur etwa drei Schuljahre im Voraus. Jetzt schauen wir aufgrund der neusten Zahlen ca. 15 Jahre voraus. Aus unserer Sicht wäre eine Ablehnung der Vorlage ein absolutes No-Go. Hätten wir damals bereits beide Etappen erstellt, wäre dies ca. 1,3 Mio. Franken günstiger gewesen. Ich möchte mich deshalb meinem Vorredner anschliessen, dass das zusätzliche Stockwerk so eingeplant wird, dass wir über den Zeitpunkt der Realisierung diskutieren können. Die Frage steht auch im Raum, ob das Schulhaus Mühlematt statisch so gebaut wurde, dass es aufgestockt werden kann. Ev. wäre in einer Holzmodulbauweise, welche leichter wäre, etwas zu machen. Dies würden die Berechnungen ergeben. Die FDP-Fraktion steht der Bewilligung der Vorlage positiv gegenüber.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wird das Wort weiterhin gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht Antrag des Stadtrats vom 13. Mai 2020 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat bewilligt den Planungskredit Vorprojekt für die Erweiterung des Schulhauses Mühlematt von Fr. 380'000.–, inkl. MwSt.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 27. Juli 2020 ab.

Stadtmann Daniel Mosimann: Ich möchte mich herzlich für die Zustimmung zu den beiden Planungskrediten sowie für die positive Kenntnisnahme des Schulraumberichts bedanken. Dieser Bericht ist – wie mehrmals angesprochen – ein Planungsinstrument für den Stadtrat, welches wir aktualisieren und dem Einwohnerrat jeweils zur Kenntnis bringen werden. Die Turnhallenknappheit wurde im Bericht Schulraumplanung angesprochen. Bei der Schulanlage Lenzhard muss diese Thematik – auch unabhängig vom Mittelschulstandort – geprüft werden. Der Einwohnerrat erhält spätestens im Dezember, wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt, weitere Informationen.

Angesprochen wurde auch eine Kooperation mit dem Turnzentrum. Wir sind mit den Verantwortlichen im Gespräch. Da das Turnzentrum ein Ganztagsbetrieb ist, ist eine Mitbenützung nicht einfach. Die Hallen werden für den Wettkampfsport der Kunstturner eingerichtet. Zudem sind beim Turnzentrum aktuell noch Fragen bezüglich Finanzierung, Realisierung und Zeitplan offen.

Die Anregungen bezüglich Heizungsanlage in der Bleiche nehmen wir gerne auf und werden überprüfen, welches Heizsystem am sinnvollsten für das relativ grosse Gebäude ist. Das Dachgeschoss soll dem Einwohnerrat so unterbreitet werden, dass klar ersichtlich ist, was ein Ausbau kosten oder was ein Verzicht auf das Dachgeschoss bedeuten würde.

Die Aufstockung, resp. die verschiedenen Varianten des Schulhauses Mühlematt sollen auch ausgewiesen werden. Betreffend Tagesschulen werden wir mit dem Trägerverein Gespräche führen, um miteinander die Auswirkungen zu besprechen.

Nochmals herzlichen Dank für die breite Zustimmung.

6 Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung; Evaluation und Anpassung des Reglements per Schuljahr 2020/2021

Sprecher der GPFK ist Daniel Frey (EVP): Mit dem Beschluss vom 28. September 2017 (im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsgesetz, welches am 1. August 2018 in Kraft trat) wurden folgende Zielsetzungen festgelegt: Allgemein sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Integration und die Chancengleichheit gefördert werden. Die positiven Seiten, wie Steuereinnahmen, Standortattraktivität, Erhöhung Wirkungsgrad der Bildungsinvestition, Senkung der Sozialkosten und vieles mehr wurden erwähnt. Die Stadt leistet unabhängig vom Betreuungsort nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Eltern Beiträge an die Betreuungskosten.

2019 wurden 97 Anträge gestellt. An 73 Familien (98 Kinder) wurden Beiträge ausbezahlt. Dabei wurde der budgetierte Betrag nur zur Hälfte ausgeschöpft.

Ein hoher Stellenwert sehen wir bei der Förderung der Sozialisation der Kinder im Vorschulalter. Der Minipilot "Schulsozialarbeit im Kindergarten" ergab, dass im Vorschulalter Handlungsbedarf besteht. Aus diesem Grund soll ein leichter Zugang zu Spielgruppenangeboten ermöglicht werden. Ein Teil der Kosten für die Spielgruppen wird durch die Stadt finanziert. Vorgesehen ist auch ein kostenloses Angebot während sechs Monaten für jeweils drei Stunden pro Woche. Der Besuch soll in den zwei Jahren vor dem Kindergarteneintritt erfolgen. Für mich ist dies die wichtigste Massnahme des gesamten Projekts.

Der Stadtrat hat uns informiert, dass die Mütter- und Väterberatung die Eltern über dieses neue Angebot informieren wird. Mit diesen Massnahmen soll den Kindern der Kindergarten- bzw. Schuleintritt vereinfacht werden. Ebenso soll eine Verbesserung der gesellschaftlichen Integration erzielt werden.

Die GPFK stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu. Dem Antrag kann auch die EVP-Fraktion entsprechen.

Corinne Horisberger-Buri (FDP): Wir begrüßen die sorgfältige Analyse oder Standortbestimmung im Zusammenhang mit dem Elternbeitragsreglement. Es ist vorbildlich, dass verschiedene Modellberechnungen geprüft wurden. Wir erachten die favorisierte Variante 10 ebenfalls als sinnvoll. Wir unterstützen, dass man die Lohnbandbreite erweitert und die Subventionen einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht zugänglich macht. So stärkt man die Vereinbarkeit des Familienlebens mit der beruflichen Tätigkeit beider Elternteile und trägt zur Chancengleichheit von Mann und Frau bei. Wenn wir es schaffen, dass beide Elternteile ihre berufliche Karriere langfristig fortsetzen können, bin ich überzeugt, dass auch unsere Stadt am Ende von den eingesetzten Subventionsgeldern profitieren wird. Wichtig dabei ist, dass unsere Kinder in dieser Zeit professionell umsorgt werden und kein Betreuungsdefizit in Kauf nehmen müssen. Vor allem aber auch für Kinder im Schulalter sorgt eine geregelte

Kinderbetreuung an den Randzeiten sowie über den Mittag für entsprechende Sicherheit und Unterstützung in der persönlichen und schulischen Entwicklung. Kinderbetreuung fördert eine bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, sowie von Kindern mit Schwierigkeiten im Bereich der Sozialkompetenz. Genau aus diesem Grund unterstützt die FDP auch die Förderung der Sozialisation von Kindern im Vorschulalter. Je früher die sozialen und sprachlichen Kompetenzen gefördert werden, desto grösser ist die Chance, dass die Kinder eine erfolgreiche Schulkarriere in Angriff nehmen können und später einen guten Einstieg ins Berufsleben haben werden. Je nachdem ist eine positive Auswirkung auf die ganze Familie möglich und wir schaffen auf diese Art und Weise zukünftige Herausforderungen im Sozialbereich vorwegzunehmen. Die FDP unterstützt grossmehrheitlich die vorgesehenen Anpassungen des Elternbeitragsreglements.

Chantal Toker-Bieri (GLP): Die GLP-Fraktion begrüsst, dass nun Spielgruppenbesuche subventioniert und das gesprochene Budget ausgeschöpft werden soll. Ob man den Berechnungsmodus bereits heute wieder anpassen muss, ist uns nicht klar. Aus den Zahlen ist nicht wirklich ersichtlich, ob die Berechtigten ihre Möglichkeit der Subventionierung wahrgenommen haben oder nicht. Wenn die Anmelde- und Antragsformulare in die gängigsten Sprachen übersetzt würden, würde dies den Anspruchsberechtigten helfen. Grundsätzlich setzt sich die GLP für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Wir sind mit dem weiteren Vorgehen einverstanden.

Rudolf Baumann (SVP): Kurz eine Präzisierung: In der GPFK gab es zwei Gegenstimmen. Diese waren von der SVP. Wir sind grundsätzlich gleicher Meinung wie alle anderen. Wir bemängeln jedoch, dass nach einem Jahr der Sockelbetrag erhöht und das Budget aufgebraucht werden soll. Da wir nicht wissen, was noch auf uns zukommen wird (z.B. als Folge des Coronavirus), sind wir der Meinung, dass man es so belassen und in ein, zwei Jahren wieder über den Sockelbetrag befinden sollte. Wir hätten kein Problem, wenn im unteren Einkommensbereich einige Subventionsprozente erhöht würden, jedoch im höheren Einkommensbereich nicht. Die SVP ist für die Sozialisation der Kinder im Vorschulalter, jedoch müsste sie im Rahmen und Verhältnis stehen. In unserer Fraktion sind wir mit sieben zu einer Stimme gegen die Vorlage und lehnen sie ab.

Beatrice Taubert-Baldinger (SP): Im Namen der SP möchte ich mich für die Vorlage recht herzlich bedanken. Es ist interessant zu betrachten, wie sich die Subventionen seit der Umstellung von der Objekt- auf die Subjektfinanzierung verändert haben. Leider haben die Subventionen nicht wie budgetiert zu den berechtigten Familien gefunden. Bei der Evaluation fehlt uns eine Analyse, warum das so ist. Es werden jedoch Vermutungen angestellt. Trotzdem wäre es wichtig zu wissen, warum die Anträge massiv zurückgegangen sind. Liegt es

tatsächlich am grossen Aufwand für die Anmeldung oder stimmt der Aufwand und Ertrag nicht mehr? Könnte das Anmeldeverfahren vereinfacht werden? Die Massnahmen, die der Stadtrat nun ergreift, damit wieder mehr Familien von den Subventionen profitieren können, befürwortet die SP. Wir begrüssen die Beibehaltung des vorhandenen Systems und die Höhe des budgetierten Betrags. Mit der Öffnung der Schere auf beide Seiten profitieren alle Schichten. Wir bedanken uns auch bestens für die Berechnungsvarianten zur Evaluation der Tarifierpassung und können die gewählte Variante gut nachvollziehen. Auch den zweiten Teil der Vorlage unterstützen wir aus Überzeugung.

An der Einwohnerratssitzung vom 6. Dezember 2018 haben wir eine Anfrage bezüglich Frühförderung eingereicht. Verhaltensauffälligkeiten von Kindern werden bereits im Kindergarten festgestellt. Die Kinder starten nicht mit den gleichen Bedingungen in den Schulalltag und das ist ungerecht. In Kitas und Spielgruppen können Defizite früh erkannt und oft spielerisch verringert werden. Mit dieser Vorlage wird unserem Anliegen voll und ganz entsprochen. Gerade während der Coronavirus-Pandemie kommt die finanzielle Unterstützung für viele Eltern im richtigen Moment. Es wäre fatal, wenn die Eltern bei der Bildung der Kinder sparen müssten, nur weil sie Kurzarbeit oder sogar die Arbeit verloren haben. Die SP ist geschlossen für die Annahme der Vorlage. Wir stehen für die Chancengleichheit der Kinder, für Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Förderung der Standortattraktivität.

Stefanie Häfeli (EVP): Auch wir bedanken uns für die sorgfältige Dokumentation. Sie ist übersichtlich und verständlich und wir schätzen es, dass der Stadtrat die Entscheidung über das Reglement nach der Debatte im Einwohnerrat treffen möchte. In der Fraktion CVP/EVP haben wir folgendes besprochen:

1. Wir begrüssen es, dass die zehn Varianten zur Verbesserung der Subventionierung geprüft wurden. Die vorgeschlagene Variante 10 können wir gut nachvollziehen und unterstützen. Ebenso das administrative Verfahren, das vereinfacht werden soll. Schade ist, dass die Variante des Mittagstisch-Fünflibers, die wahrscheinlich auch geprüft wurde, ins Abseits manövriert wurde. Die vergleichsweise hohen Kosten des Mittagstischs pro Essen (Lenzburg Fr. 22.–, Rapperswil Fr. 12.–, Schafisheim Fr. 8.–) sind weiterhin ein Problem in unseren Tagesstrukturen. Sowie wir die Evaluation schätzen und als notwendig finden, erachten wir es als genauso wichtig, Anpassungen nach einem angemessenen Zeitraum (z.B. nach einem Schuljahr) anzuschauen und zu evaluieren. Wird das Angebot überhaupt genutzt? Muss etwas am Subventionssystem geändert werden? Es ist wichtig, solche Daten regelmässig ins Auge zu fassen, auszuwerten und allenfalls bei Bedarf wieder anzupassen.
2. Wir begrüssen es sehr, dass es einmal nicht darum geht, das Budget zu streichen, nur weil es nicht ausgeschöpft wurde, sondern, dass man sich überlegte, das Geld sinnvoll einzusetzen. Die Massnahme zur Förderung

der Kinder im Vorschulalter trifft einen Nerv. Was wäre, wenn die frühe soziale Integration funktionieren würde? Wie könnte sich die Gesellschaft hier in Lenzburg verändern? Wir sind überzeugt, dass die Frühförderung ein wichtiger Baustein für die Bevölkerung von Lenzburg sein wird, da es sich lohnt, am richtigen Ort zu investieren. Wie können die Familien erreicht werden, wenn z.B. schon nur die Sprache ein Hindernis darstellt? Gewisse Kinder können das Angebot überhaupt nicht nutzen. Wir sind der Meinung, dass es Vermittlerinnen und Vermittler braucht. Dies hätte finanzielle Folgen. Unser Vorschlag wäre, eine Brücke zu schlagen, z.B. über Kirchen, andere religiöse Gemeinschaften oder Kulturgemeinden. Dies könnte z.B. sein: Deutschtreff, Essensabgabe Schweizertafel, die Islamische Gemeinschaft Lenzburg, der portugiesische Verein, Jungschar Blauring, die Pfadfinder, Bibliothek, Familie+ und der Kurs in heimatlicher Sprache und Kultur HSK. Es gibt bestimmt noch andere Varianten oder Möglichkeiten.

Die CVP und die EVP unterstützen den Antrag einstimmig.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wird das Wort noch gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht Antrag des Stadtrats vom 13. Mai 2020 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung,

b e s c h l o s s e n :

1. Der Einwohnerrat nimmt die Evaluation der Subventionierung der Kinderbetreuung sowie die erarbeiteten Anpassungsvarianten zur Kenntnis.
2. Zur Legitimation der Massnahme zur Förderung der Sozialisation der Kinder im Vorschulalter wird das Kinderbetreuungsreglement unter Punkt 2.7 Finanzierung mit der folgenden Formulierung ergänzt: "Der Stadtrat kann für die Umsetzung spezifischer Massnahmen, welche der Zielerreichung gemäss Punkt 2.1 dienen, von der Berücksichtigung der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten absehen."

Der Beschluss Ziff. 2 unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 27. Juli 2020 ab.

Beat Hiller (GLP): Was heisst zur Kenntnis nehmen? Heisst das, dass die gesamte SVP-Fraktion nun alles löschen muss, was sie hier gehört hat? Sie hat

den Antrag nicht zur Kenntnis genommen. Meine Fragen an den Stadtschreiber als Auskunftsperson: Ich verstehe das Verfahren, über was hier abgestimmt wurde, nicht. Dies ergibt für mich keinen Sinn.

Stadtschreiber Christoph Hofstetter: Eine sehr interessante Frage. Es sind zwei Anträge. Der erste Antrag ist mit dem Bericht zur Schulraumplanung vergleichbar. D.h., man nimmt das, was der Stadtrat evaluiert hat, zur Kenntnis. Dies ist Antrag 1.

Antrag 2 ist der inhaltliche Antrag, in welchem es darum geht, wie man die Förderung der Sozialisation der Kinder im Vorschulalter umsetzt.

Wenn man es ganz korrekt hätte machen wollen, hätte man auch lediglich über Antrag 2 abstimmen können.

Dem Stadtrat war wichtig, dass die Vorlage mit den verschiedenen Varianten diskutiert wird, damit er die Meinung der Fraktionen mitnehmen kann.

Stadtrat Andreas Schmid: Der erste Teil, nämlich die Anpassung der Ausrichtung der Subventionen, hätte der Stadtrat eigenständig im Elternbeitragsreglement vornehmen können, ohne die Meinungen des Einwohnerrats abholen zu müssen. Wie die Vergangenheit aber gezeigt hat, waren im Einwohnerrat die Beiträge an die Kinderbetreuung immer wieder ein Thema. Dem Stadtrat ist es wichtig, nochmals die Rückmeldungen sowie die Meinungen aus dem Einwohnerrat zu hören. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses kann der Stadtrat das Reglement mit einem besseren Gewissen anpassen, da der Einwohnerrat mehrheitlich hinter den Überlegungen des Stadtrats steht.

Ich möchte mich für die Annahme der Vorlage bedanken. Gerne erläutere ich das weitere Vorgehen: Der Stadtrat wird an einer seiner nächsten Sitzungen das Elternbeitragsreglement verabschieden. Danach wird die Kommunikation an die Eltern erfolgen, welche ab dem neuen Schuljahr die Gesuche stellen werden. In der Mütter- und Väterberatung wurde kommuniziert, dass alle Kinder ab 3 Jahren wieder kontaktiert werden. Diese Beratungsstelle ist das perfekte Gefäß, um die Eltern auf das neue Angebot aufmerksam zu machen. Weiter soll das administrative Verfahren erleichtert werden.

7 Coronavirus; Wirtschaftsförderung

Sprecher der GPFK ist François Kuhlen (FDP): Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie unterbreitet der Stadtrat eine Vorlage zur Wirtschaftsförderung für das lokale Gewerbe. Die Folgen der Corona-Pandemie beschäftigen uns vor allem seit dem Lockdown intensiv und werden uns wahrscheinlich noch auf längere Zeit beschäftigen. Die Herausforderungen für das Lenzburger Gewerbe beschäftigen uns seit längerer Zeit. Der Covid19 bedingte Lockdown hat sicher eine enorme Auswirkung auf unsere Wirtschaft. Gewisse Branchen kämpfen ums Überleben, andere Branchen sind nicht oder nicht sehr betroffen und es gibt Branchen, die sogar profitieren. Dies alles ist Grund genug, sehr differenziert vorzugehen. Ich habe mich in diesem Zusammenhang gefragt, welche Faktoren für den Erfolg eines Gewerbebetriebs wichtig sind:

1. Gute Produkte und die dazugehörigen Wertschöpfungen und Dienstleistungen zu einem angemessenen Preis. Qualität ist der Schlüssel zum Erfolg. Der Preis ist nicht immer entscheidend.
2. Eine hohe Kundenzufriedenheit
3. Genügend Liquidität zur Deckung der Kosten für Löhne, Miete, Einkauf, Warenlager
4. Gute Rahmenbedingungen

Für die Qualität des Angebots und vor allem für die Kundenzufriedenheit (Punkte 1 und 2) sind alleine die Gewerbebetreibenden verantwortlich. Insbesondere auch für die Preisgestaltung. Nur sie können dies beeinflussen. Bei vielen Gesprächen mit Gewerbebetrieben, die ich letzte Woche geführt habe, konnte ich feststellen, dass praktisch alle Gesprächspartner die vom Bund zur Verfügung gestellten Kredite abgerufen haben. Praktisch alle haben den Kredit aber nicht beansprucht und planen, diesen baldmöglichst zurückzubezahlen. Keiner der Gesprächspartner hat das Kreditangebot des Kantons beansprucht. Ich habe von einem Direktionsmitglied der Hypothekbank gehört, dass kaum Anträge gestellt wurden. Mein Fazit daraus ist, dass die Liquidität der Lenzburger Geschäfte gewährleistet ist.

Bleibt Punkt 4, Rahmenbedingungen: Der Stadtrat hat mit dem Erlass von Gebühren für die Benützung von öffentlichem Raum und mit der Ausweitung der Flächen sofort gehandelt. An dieser Stelle möchte ich ein grosses Lob und ein herzliches Dankeschön an den Stadtrat richten. Die Erfahrung zeigt, dass das Angebot rege benutzt wird. Die Altstadt macht nun einen grosszügigeren und belebteren Eindruck. Wir hoffen sehr, dass die Massnahmen auch nach weiteren Lockerungen durch den Bundesrat Bestand halten. Es ist mir sehr bewusst, dass einzelnen Berufsgruppen, wie Kulturschaffende, Künstler, Musiker, Schauspieler, die Tourismusbranche usw. heute noch sehr existentiell unter den Folgen des Lockdowns leiden. Für das Lenzburger Gewerbe besteht

aber aus meiner Beobachtung kein Covid19 bedingter Handlungsbedarf. Dies bestätigen auch die Interviews in der Aargauer Zeitung und im Lenzburger Bezirks-Anzeiger mit dem Präsidenten des Gewerbevereins Lenzburg und Umgebung. Das Wort "Coronavirus" ist in diesem Sinne oder nach meiner Meinung im Titel dieser Vorlage nicht am richtigen Ort.

Wenden wir uns aber nun der eigentlichen Vorlage zu, der Wirtschaftsförderung: Einmal mehr liegt eine Vorlage vor, die – um es einmal moderat auszudrücken – unvollständig und ungenügend ist. Als erstes fehlt eine Analyse, welche Berufsgattungen und Gewerbebetriebe mit gezielten Massnahmen gefördert werden sollen. Es wird a priori ein Rabatt- und Bonus-system postuliert, welches als typisches Business to customer Instrument primär im Detailhandel und in der Gastronomie Anwendung finden. Zur Lenzburger Wirtschaft gehören aber auch Architekten, Bauunternehmer, Bauingenieure, Gerüstbauer, Heizungs-, Lüftungs- Sanitätstechniker, Maschinenbauer, Versicherungs- und Finanzberater, Immobilienverwalter, Stellenvermittler, Webdesigneragenturen, Softwareentwickler, Elektroplaner, Rechtsanwälte, Treuhänder usw. Diese bewegen sich eher in einem Business to Business Kontext. Es stellt sich die Frage, ob ein Rabatt- und Bonussystem für diese Berufsgattungen ein probates Hilfsmittel sind.

Es ist auch keine Analyse vorhanden, ob und wann in welcher Branche welche Herausforderungen und Bedürfnisse bestehen. Es bestehen auch keine Überlegungen über den rasanten grundlegenden Strukturwandel in Detail- und Retailgeschäften. Ich erwähne 24 x 7 Onlineshopping, Auslandshopping usw. Die Digitalisierung während des Lockdowns hat diesem Wandel zweifellos einen grossen Schub verpasst. Diesen Wandel mit einem Bonuskartensystem in Lenzburg aufzuhalten, betrachte ich als naiv. Das Konzept des diskutierten Rabattsystems ist noch völlig offen. Einzig scheint festzustehen, dass es eine Lenzburger Bezahl- und Bonuskarte geben wird. Die Einführung erfolgt zu einem Zeitpunkt, in welchem bereits jeder eine Supercard, eine Cumuluskarte, eine Manor- oder eine Buchhandlungskundenkarte nebst diversen Debit- und Kreditkarten besitzt und das Portemonnaie nur so von Karten überquillt. Gleichzeitig werden diese Kredit- und Debitkarten von Smartphone-Bezahldiensten wie Paypal, Twint, Apple Pay, Google Pay etc. bedrängt.

Was aber vor allem in der Vorlage fehlt, ist das Commitment der Geschäfte. In den vielen von mir geführten Gesprächen spürte ich bei den Gewerbebetreibenden sehr wenig Begeisterung für das Bonussystem. Insbesondere bei der Diskussion, wie es in der Phase 2 weiter gehen soll und zu welchem Commitment sie bereit sind. Was zudem fehlt, ist eine Geschäftsplanung oder ein Businessplan für die Investition. Investiere ich Fr. 500'000.–, so definiere ich Ziele und Meilensteine bis wann was erreicht werden soll. Nicht einmal der Zeitrahmen der Phase 1 ist festgelegt. In den Plan gehören auch Exitkriterien, um den Schaden zu begrenzen, falls die Meilensteine nicht erreicht werden und das Programm ein Flop wäre. Als sehr bedenklich erachte ich schliesslich, dass bis zum heutigen Tag immer noch keine Antwort zur Frage vorliegt, inwiefern das angestrebte Programm mit dem Wettbewerbsrecht im Einklang ist. Eine Frage, welche bereits an der Informationsveranstaltung gestellt wurde. Summa

summarum erscheint mir die Vorlage so, als würde der Stadtrat zu den Gewerbetrieben sagen, wir haben eine Lösung, gebt uns das Problem!

Aus diesem Grund hat die GPFK an ihrer Sitzung vom 11. Juni 2020 mit sieben von neun Stimmen, mit zwei Enthaltungen, entschieden, den Antrag des Stadtrats abzulehnen. Zum – in der Zwischenzeit – zugestellten Mail mit dem Änderungsantrag der EVP/CVP-Fraktion kann sich die GPFK nicht äussern, da die GPFK diesen Antrag nicht diskutiert hat.

Im Namen der FDP-Fraktion füge ich gerne noch einige Bemerkungen hinzu. Wie die Geschäftsbetriebe gefördert werden sollen, betrachten wir klar als Aufgabe und Verantwortung der Gewerbetreibenden oder ihrer Interessensvereine. Folglich geht der Vorschlag des Stadtrats aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Nicht vom Stadtrat, sondern vom Gewerbe muss die Initiative zur Geschäftsförderung ausgehen. Das Gewerbe soll definieren, welche Rahmenbedingungen die Politik setzen muss, um die Initiative des Gewerbes zum Erfolg zu führen. Als FDP-Fraktion sind wir gerne bereit, eine Vorlage zu prüfen, welche als Resultat eines Vorschlags der Gewerbebetreibenden politische Rahmenbedingungen postuliert. Diese Vorlage kann durchaus auch finanzielle Investitionen der Stadt einschliessen. Wir begrüssen auch die Sofortmassnahmen der Stadt und danken ihr dafür. Ich zitiere hier sehr gern ein jüngeres Mitglied unserer Fraktion, welche heute leider nicht anwesend sein kann: *"Das Erlauben des Heraustischens der verschiedenen Betriebe in der Altstadt ist in meinen Augen ein Punkt, der bestmöglich bestehen bleiben soll. Die Altstadt sah optisch schon lange nicht mehr so belebt aus, wie seit dieser Änderung. Für mich stellt sich hierbei die Frage, was der Grundstein für eine belebtere Altstadt ist. Keine leeren Ladenflächen, sondern eine optisch gefüllte Altstadt mit Besuchern und Gästen, welche potentielle Ladenbesitzer anlocken."*

Meine Damen und Herren, als Quintessenz dieser Diskussion noch eine Überlegung. Der Stadtrat verfügt über eine stattliche Reihe von Kommission mit beratenden Aufgaben. Sinn, Zweck und Erfolg einiger dieser Kommissionen könnte man zurecht einmal überprüfen oder in Frage stellen. Aber eine Kommission zur Wirtschaftsförderung gibt es interessanterweise nicht, obwohl ich diesen Vorschlag bereits den Vorgängern von Daniel Mosimann unterbreitet habe. Wäre eine solche Kommission nicht ein möglicher Katalysator, um eine Gewerbeinitiative zum Erfolg zu führen? Ich schlage dem Stadtrat vor, ernsthaft zu überlegen, eine Kommission zur Wirtschaftsförderung ins Leben zu rufen. In der Reihe der Gewerbevereine oder unserer Fraktion gibt es sicher Freiwillige, die mitwirken würden. Die FDP-Fraktion wird die Vorlage Coronavirus-Wirtschaftsförderung einstimmig ablehnen.

Zum Schluss noch eine kleine Anekdote: In einem Gespräch über das vom Stadtrat vorgeschlagene Bonussystem fragte mich mein Gegenüber, ob das Bonusgeld, welches man sammelt, auch zur Zahlung der Steuern verwendet werden kann. Ich antwortete, dass diese Frage noch unbeantwortet sei.

Raphael Rudolf (CVP): Das lokale Gewerbe mit einem Beitrag von Fr. 500'000.– zu fördern, ist doch grundsätzlich ein schöner Gedanke. Die Vorlage geht ziemlich in die Tiefe und aufgrund dessen ergeben sich gewisse Unklarheiten. Somit ist es schwierig, dieser Vorlage mit gutem Gewissen zuzustimmen. Auch in der Fraktion CVP/EVP haben die Unklarheiten zu Diskussionen geführt. Jedoch Nein zu sagen, kam für uns nicht in Frage, da wir die Idee gut finden. Aufgrund dessen haben wir entschieden, mit einem Änderungsantrag die Vorlage an gewisse Bedingungen zu knüpfen, so dass die Nachhaltigkeit dieses Projekts gewährleistet ist und nach Ablauf des Beitrags der Stadt nicht versendet. Wenn das Gewerbe keine Unterstützung benötigt, so müssen wir auch nicht so viel Geld ausgeben. Es macht keinen Sinn, jemandem etwas anzubieten, wenn er es nicht möchte. Wir fordern, dass zusätzlich zur Vorlage folgende Rahmenbedingungen erfüllt werden, bevor das Geld investiert wird:

- Die Bedürfnisabklärung muss über das komplette lokale Gewerbe gemacht werden. Wer möchte das überhaupt? Will der Schreiner, der Physiotherapeut / Masseur, die Kita etc. ein solches System überhaupt?
- Es müssen sich mindestens 100 Akteure des lokalen Gewerbes, die private Kunden beliefern, an diesem Projekt beteiligen.

Verpflichtende Bedingungen für das Gewerbe

- Ein Verein oder ein Verbund soll eingesetzt werden, der sich nach dem Ablauf der Phase I für die Weiterführung engagiert und den Lead übernimmt (evtl. Synergie mit Arbeitsgruppe nutzen).
- Ein Nachhaltigkeitskonzept muss erstellt werden.
- Der Prozentsatz muss von 5 % auf 15 % erhöht werden. Der Beitrag der Stadt wird so schneller aufgebraucht und der Anreiz für die Kundinnen und Kunden wird grösser.

Nur so können wir von der CVP/EVP-Fraktion hinter dieser Vorlage stehen und es würde uns freuen, wenn wir eure Unterstützung ebenfalls gewinnen können.

Als ich neu in den Einwohnerrat gewählt wurde, durfte ich einen Kurs für Neumitglieder besuchen. Ich lernte dort viel über Aufgaben, Verantwortung und Kompetenz. Wir als Einwohnerräte müssen nicht die Farbe der Schulhäuser bestimmen, sondern darüber entscheiden, ob es ein Schulhaus braucht oder eben nicht. Unsere Aufgabe liegt darin, bei den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger von Lenzburg oder in diesem Fall des lokalen Gewerbes für diese zu entscheiden. Die Farbe des Schulhauses spielt keine Rolle, sondern der Entscheid, ob wir dem Gewerbe einen Booster geben wollen oder eben nicht. Da ich nicht sicher war, ob ich mich mit meinem Votum zu weit weg von meinen Kompetenzen bewege, habe ich dieses Votum der Stadtverwaltung zugestellt und mir wurde ein Änderungsantrag formuliert, der diesem Rahmen entsprechen sollte. Danke für diese Hilfestellung.

Änderungsantrag:

Der Einwohnerrat möge für die Wirtschaftsförderung zur Minderung der volkswirtschaftlichen Schäden der Coronavirus-Epidemie einen Verpflichtungskredit von Fr. 500'000.– bewilligen, und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Vor der Lancierung des Bonussystems ist ein Bedürfnisnachweis durchzuführen, wobei sich ergeben muss, dass mindestens 100 Gewerbebetriebe am Bonussystem teilnehmen werden.
2. Vor der Lancierung des Bonussystems ist eine Organisation zu gründen (bspw. Verein), die sich verpflichtet, das System nach der Phase I weiterzuführen.
3. In der Phase I ist ein Rabatt von 15 % vorzusehen.

Nur so können wir von der CVP/EVP-Fraktion hinter dieser Vorlage stehen und es würde uns freuen, wenn wir Unterstützung erhalten.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wir werden nun nur noch über den Änderungsantrag diskutieren. Das Wort ist offen.

Thomas Schär (SP): Die Vorlage zur Wirtschaftsförderung, Minderung der Auswirkung der Coronakrise, stiess auch in der SP-Fraktion nicht nur auf Begeisterung. Die erwähnten und bereits beschlossenen Massnahmen können wir alle unterstützen und erachten sie als sinnvoll. Wir danken dem Stadtrat für das rasche und unkomplizierte Handeln. Ergänzend wollen wir hier noch anfügen, dass eine weitere mögliche Massnahme wäre – die wir begrüessen würden –, dass die Stadt wenn möglich ihre Bedürfnisse und externen Dienstleistungen von ortsansässigen Unternehmern beziehen sollte. Dies erfolgt natürlich bereits heute, aber ev. ist diese Krise jetzt wieder Anlass, um andere Güter und mit anderen Anbietern Gespräche zu suchen und diese zu unterstützen.

Zur eigentlichen Vorlage: Die Idee beinhaltet noch sehr viele Unbekannte und weist einige heikle Punkte auf. Auch aus Sicht der SP-Fraktion muss die wettbewerbsrechtliche Situation unbedingt noch eingehend geprüft werden. Der rechtliche Aspekt scheint uns gerade bei einer solch grosszügigen Unterstützung durch die öffentliche Hand sehr relevant. Weiter haben wir das Thema Datenschutz diskutiert. Hier vertrauen wir auf die bewährten Anbieter, welche im Gespräch sind. Wir gehen davon aus, dass diese mit der Thematik vertraut sind und eine gängige und gangbare Lösung vorschlagen können. Alles entscheidend ist aus unserer Sicht die Involvierung des Gewerbes. Dieses muss das Bonussystem wollen. Nur so kann es zum langfristigen Erfolg werden und nur so macht das Angebot Sinn. Selbstverständlich kann von Seiten der Stadt nicht mit jedem einzelnen Gewerbebetreibenden das Gespräch gesucht werden. Aus unserer Sicht sind darum der Gewerbeverein Lenzburg und

Umgebung, sowie die Vereinigung Centrumsgeschäfte in die Verantwortung zu nehmen. Sie müssen das Projekt mit Überzeugung vertreten, ihre Mitglieder begeistern und eine langfristige Umsetzung sicherstellen. Sollte das Bonussystem nach Phase I scheitern oder schläft dieses in der Phase II ein, wäre dies ein grosser Reputationsverlust für den Gewerbeverein, die Centrumsgeschäfte und für das Lenzburger Gewerbe. Zu Recht würden sich die Konsumentinnen und Konsumenten, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Einwohnerinnen und Einwohnerräte fragen, da der Betrag von Fr. 500'000.– doch stolz ist. Unserer Meinung nach darf diese Hilfe auch sein, da die momentane wirtschaftliche Lage sehr unsicher aussieht. Immerhin sind einige Prognosen in der Zwischenzeit besser ausgefallen. Es ist aber offensichtlich, dass der wirtschaftliche Einbruch und allenfalls auch eine längere Durststrecke noch kommen werden. Das Schweizer BIP soll nach aktuellen Schätzungen zwischen 4 % und 8 % im Minus liegen, anstelle der ursprünglich berechneten Zunahme von rund 2 %.

Die SP-Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat eine langfristige, nachhaltige und vor allem auch für viele Branchen wirksame Unterstützung angedacht hat. Die grosszügigere und kostenlose Nutzung des öffentlichen Raums macht sich gut in der Altstadt. Diese hilft der Gastronomie, hilft aber weder dem Sanitär noch der Tanzschule. Kulturelle Anlässe zur Belebung der Altstadt helfen weder dem Yogastudio noch der Schreinerin. Solche Anlässe stehen schon fest in der Agenda der Stadt. Sie werden sowohl von der öffentlichen Hand wie auch von Privaten mitfinanziert. Es ist aber fraglich, ob, in welchem Rahmen und ab wann Anlässe wieder möglich sind. Wir erachten den Ansatz des Stadtrats, die Wirtschaftshilfe breiten Branchen zugänglich zu machen, für unterstützungswürdig. Das Gewerbe bezahlt auch Steuern und bietet Arbeits- und Ausbildungsplätze an. Es macht unsere Stadt mit ihren Angeboten als Wohn- und Arbeitsort attraktiv. Dank dem Bonussystem profitieren auch die Konsumentinnen und Konsumenten. Wir unterstützen deshalb die Wirtschaftsförderung.

Kleine Randbemerkung: Es ist schon irritierend, wenn der Präsident des Gewerbevereins Lenzburg und Umgebung in der Öffentlichkeit gegen dieses Projekt spricht und weniger statt mehr fordert. Ist dies die offizielle Meinung des Gewerbevereins oder die persönliche Meinung des Präsidenten bzw. dessen Parteilinie?

Nun zum Änderungsantrag der CVP: Wir sind skeptisch. Eine zusätzliche Organisation, einen Verein zu gründen, erachten wir als wenig zielführend. Es müssen unbedingt die bestehenden bewährten Strukturen Verantwortung übernehmen. Ein neuer Verein ist, wenn der Rückhalt fehlt, schnell wieder aufgelöst. Der Gewerbeverein und die Centrumsgeschäfte sollen sich – falls sie die Unterstützung wollen – einbringen und die Fortführung des Bonussystems sicherstellen.

Ein Rabatt von 15 % ist sehr grosszügig. Wie geht es jedoch in der Phase II weiter, wenn der Rabatt auf 1,5 % gesenkt wird? Nutzerinnen und Nutzer des Bonussystems werden den abrupten Wechsel kaum nachvollziehen können.

Falls der Kredit heute nicht bewilligt wird, muss dies nicht das Ende der Idee bedeuten. Wir könnten uns vorstellen, dass der Gewerbeverein und die Centrumsgeschäfte eine Bedarfsanalyse erstellen und ihre Teilnahme verbindlich zusagen. Mit dem Wissen um Kosten und Nutzen sollen Gewerbeverein und Centrumsgeschäfte das Bonussystem eigenständig auf eigene Kosten einführen. Von Beginn an soll ein gut finanzierbarer Rabatt gewährt werden, z.B. die erwähnten 1,5 %. Damit wäre eine klare Ausgangslage geschaffen. Anschliessend zurück zum Einwohnerrat und die Stadt soll um Unterstützung gebeten werden. Einerseits für die Finanzierung der Einführung und zudem für eine Verdoppelung oder Verdreifachung des Bonus-Rabatts, bis die gewährte Unterstützungssumme aufgebraucht ist. Diese Summe darf durchaus bei Fr. 500'000.– liegen. Schlussendlich wäre somit das Projekt wieder auf der "Schiene" wie es angedacht wurde, jedoch mit klaren Verantwortlichkeiten: Federführung beim Gewerbeverein sowie den Centrumsgeschäften und mit guten Aussichten für eine nachhaltige über Phase I hinausgehende Wirkung. Dieses Vorgehen könnte sich unsere Fraktion vorstellen und würde dies bei einem entsprechenden Antrag unterstützen. Wir sind überzeugt, auch andere Fraktionen würden dies unterstützen. Voraussetzungen sind klare Verhältnisse bei der Projektleitung, wer in der Verantwortung ist, wie viele Geschäfte sich beteiligen, dass die eingangs erwähnten wettbewerbsrechtlichen Bedenken geklärt sind und dass ein klares, nachvollziehbares und wasserdichtes Reglement vorliegt.

Dies, falls der vorliegende Änderungsantrag oder der Verpflichtungskredit nicht genehmigt wird. Mehrheitlich, mit dezidierter Begeisterung, unterstützt die SP-Fraktion den Antrag des Stadtrats, kann sich aber alternativ dazu die vorbrachte Unterstützung vorstellen.

Corin Ballhaus (SVP): Die Verknüpfung mit der Bedingung, dass sich mindestens 100 Betriebe für ein solches System gewinnen lassen, ist für unsere Fraktion unrealistisch. Als Vergleich: In Winterthur ist das Boncardsystem seit einigen Jahren im Einsatz. In der Vereinigung "Junge Altstadt" sind 300 Geschäfte zusammengeschlossen, wovon sich knapp 50 Geschäfte am Bonussystem beteiligen. In Zurzach startete man mit 50 Betrieben, heute sind es noch knapp 30. Wir haben einen Gewerbeverein und die Centrumsgeschäfte, eine weitere Organisation ist nicht notwendig. Auch die angedachte Wirtschaftskommission ist nicht die richtige Adresse. Den Geschäften einen Rabatt von 15 % vorzuschreiben, halten wir für vermessen. Dies wäre für den Konsumenten attraktiv, sicher aber nicht haltbar in der Phase II.

Beat Hiller (GLP): Der Änderungsantrag ist nicht realisierbar. Es besteht keine rechtliche Grundlage, jemanden zu verpflichten, das Bonussystem weiterzuführen. Der Änderungsantrag hat keine Chance.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Falls das Wort nicht mehr gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung betreffend Änderungsantrag.

Abstimmung

Folgender von der CVP/EVP-Fraktion eingebrachte Änderungsantrag

"Der Einwohnerrat möge für die Wirtschaftsförderung zur Minderung der volkswirtschaftlichen Schäden der Coronavirus-Epidemie einen Verpflichtungskredit von Fr. 500'000.– bewilligen, und zwar unter folgenden Bedingungen:

- 1. Vor der Lancierung des Bonussystems ist ein Bedürfnisnachweis durchzuführen, wobei sich ergeben muss, dass mindestens 100 Gewerbebetriebe am Bonussystem teilnehmen werden.*
- 2. Vor der Lancierung des Bonussystems ist eine Organisation zu gründen (bspw. Verein), die sich verpflichtet, das System nach der Phase I weiterzuführen.*
- 3. In der Phase I ist ein Rabatt von 15 % vorzusehen."*

wird mit 5 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Die Diskussion zum Geschäft ist offen.

Corin Ballhaus (SVP): Diskutieren wir wirklich das Richtige, wenn wir uns über Details unterhalten, wie ein Bonussystem aussehen sollte? Diese Debatte wurde sicher auch ausgelöst, weil die Vorlage sehr undeutlich ist. Ich denke, ein kurzer Faktencheck würde uns guttun.

Was war der Ausgangspunkt? Wir erlebten einen Lockdown, der uns alle kollektiv betraf, als Privatperson, als Angestellter, als Unternehmer. Wenn von heute auf morgen nichts mehr so ist, wie es gestern war, so ist dies eine Krise. Bricht eine Krise aus, wird sofort das Schlimmste befürchtet, was menschlich ist. Dass diese Situation unmittelbar eine Welle von Hilfspaketen auslöste, vor allem zu Gunsten von Unternehmen, ist bemerkenswert. Unter diesem Eindruck entstand auch die Vorlage, über welche wir heute Abend abstimmen werden.

Drei Monate später, nach Aufhebung des Lockdowns und weiteren Lockerungen, ist es sicher angebracht, mit mehr Bedacht und Weitblick auf die Vorlage zu blicken. Der Stadtrat möchte von uns einen Verpflichtungskredit über Fr. 500'000.–. Damit möchte er die volkswirtschaftlichen Schäden der Corona-Epidemie mindern. Es wäre sicherlich vermessen, wenn wir heute schon sagen könnten, wie gross der volkswirtschaftliche Schaden ausfallen

wird. Wir müssen aber sicher damit rechnen, dass auch die Steuereinnahmen betroffen sein werden. Gleichzeitig stehen wir vor grösseren Investitionen, welche wir mit diesen Steuereinnahmen finanzieren möchten. Ein Vorgeschmack geben uns die beiden Vorlagen zur Schulinfrastruktur. Weitere folgen. Können und wollen wir uns das leisten, jetzt eine halbe Million Steuerfranken in eine Einzelmassnahme mit so viel Unbekanntem zu investieren? Ist es tatsächlich verhältnismässig, wenn wir nicht wissen, ob uns das Geld später fehlt, um die geplanten Investitionen zu tätigen? Müssen wir dann Abstriche tätigen, so höre ich jetzt schon das Geschrei. Dass der Stadtrat den Gastronomen in der Innenstadt unbürokratisch ermöglichte, weiter hinaus zu tischen und damit die Innenstadt lebendiger wirkt, freut uns alle. Für diese Massnahme erhält der Stadtrat von uns Bonuspunkte. Möchte aber der Steuerzahler seinem Steuerfranken tatsächlich nochmals in Form eines Bonuspunkts begegnen, wenn er in Lenzburg einkauft oder hätte er ihn doch lieber in ein Schulhaus investiert gesehen? Ein unmittelbarer Handlungsbedarf für Hilfsmassnahmen für die Wirtschaft können wir nicht erkennen. Wo nötig, wurden schon Massnahmen wie Kurzarbeit, Notkredite und Mietzinsreduktionen getroffen. Ein lautes Hurra des Gewerbes für das Bonussystem habe ich auch noch nicht gehört. Dass der Stadtrat die Wirtschaft fördern möchte, ist begrüssens- und wünschenswert. Ist es aber tatsächlich die Aufgabe der Stadt, als lokaler Wirtschaftsförderer der Wirtschaft ein Bonussystem vorzugeben? Wir sind der Meinung, dass die Wirtschaft und die Firmen selber in der Lage sind zu äussern, was ihre Bedürfnisse sind und wo sie gerne Unterstützung hätten. Wirtschaftsförderung, wie wir sie verstehen, würde eher bedeuten, dass sich der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten für gute Rahmenbedingungen einsetzt oder bei der Vergabe von Aufträgen lokale Firmen berücksichtigt.

Unser Fazit: Wir sind für einen massvollen Einsatz des Steuergeldes bevorzugt in die Infrastruktur als eigentliche Gemeindeaufgabe. Das Lenzburger Gewerbe zu unterstützen ist für uns Ehrensache. Ganz nach dem Motto: "Nöd wiit laufe, z Lenzburg kaufe." Benötigen wir dafür ein Bonussystem? Ich lasse es im Raum stehen. Wir wünschen uns aber, dass der Stadtrat die lokale Wirtschaft im Austausch mit dem Gewerbe fördert. Die vielen Fragezeichen, die die Vorlage mit sich bringt, hat bei uns dazu geführt, dass wir keine einheitliche Meinung haben.

Christoph Nyfel (FDP): Wir haben das "Coronapaket" in unserer Fraktion sehr intensiv diskutiert. Wir diskutierten länger über die Massnahme als über alles andere. Ich spreche als Unternehmer, als ehemaliger Unternehmer in der Rathausgasse und als Unternehmer, der in sieben Kantonen Standorte hatte. Ich habe letztes Jahr über meine Firmen Fr. 150'000.– für Dinge ausgegeben, die der Staat wollte. Nicht für Steuern, sondern für Berichte, nochmals Berichte und Gebühren. Dies belastet den Unternehmer. Ich durfte selber erleben, wie lange es dauert, bis man eine Baubewilligung bekommt. Sechs Monate dauerte es in Langenthal für einen Einbau eines Hubscherentischs (den niemand sieht). Jede Woche musste ich einige Hundert Franken ausgeben, weil ich diesen

Hubscherentisch noch nicht hatte. Ich musste Fr. 9'000.– für einen Architekten ausgeben, weil das dortige Bauamt drei Mal zusätzliche Unterlagen benötigte.

Wir haben in der Stadtverwaltung die Abteilung Standortentwicklung und Kommunikation und regional haben wir den Lebensraum Lenzburg-Seetal (LLS). Ziel des LLS ist die Förderung, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Standortqualität der Region Lenzburg-Seetal: Im August 2018 besuchten rund 200 Personen eine wunderschöne Präsentation "Genussregion Lenzburg-Seetal". Resultat gleich null. Im Mai letzten Jahres wurden eine wunderbare Diskussion, ein Workshop, ein Brainstorming, ein Meeting mit 40 produzierenden Unternehmern aus der Region Lenzburg-Seetal zum Thema Stärkung der Wirtschaft durchgeführt. 13 Monate später ist das Resultat gleich null. Wir geben dafür Fr. 600'000.– aus. Der digitale Dorfplatz "Crossiety" kostet uns Fr. 30'000.–. Resultat gleich null. Es wäre absolut verfehlt, wenn wir nochmals Geld ausgeben, um die Wirtschaft zu fördern, das dann irgendwo versandet. Wir geben alljährlich viel Geld für die Wirtschaftsförderung aus. Daraus resultiert jedoch sehr wenig. Als Unternehmer sage ich klar, Resultate und Lösungen müssen vom Gewerbe kommen. Das Gewerbe muss sagen, was es benötigt.

Ein letzter Gedankenanstoss (vielleicht bin ich etwas sentimental): Sprechen wir doch über Reduktion von Hindernissen und Barrieren, schnelleren Verfahren und der Reduktion von Gebühren für das Gewerbe.

Stadtrat Martin Stücheli: Eines freut mich besonders: Es wurde überall intensiv diskutiert. Die Coronavirus-Epidemie ist noch nicht ausgestanden. Als der Stadtrat die Arbeitsgruppe Corona-Wirtschaftsförderung ins Leben rief, gingen wir davon aus, dass sowohl kurz- als auch längerfristig wirksame Massnahmen notwendig sind. Neben den Sofortmassnahmen wurden deshalb auch längerfristige Aktivitäten diskutiert. Als nachhaltige Massnahme wurde die Idee des Bonussystem wieder aufgenommen. Ein solches System wurde bereits vor ca. sieben Jahren von den Centrumsgeschäften angedacht und fand eine breite Zustimmung. Aufgrund der Einführungskosten wurde das Vorhaben dann jedoch wieder verworfen. Da in der Altstadt Ladenflächen ungenutzt sind, muss gehandelt werden. Die Virusepidemie hat die Situation verschärft. Obwohl auch Altstadtgeschäfte innovative Lösungen getroffen haben (Onlineshopping), bringt auch die Digitalisierung zusätzlich Herausforderungen mit sich.

Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass man kein Rabattmarken- sondern direkt ein Kartensystem einführen möchte. Geprüft wurden zwei Systeme. Die Gewerbebetreibenden haben sich einheitlich dafür ausgesprochen, mit dem Boncard-System zu arbeiten. Mit den angesammelten Punkten können natürlich die Steuern nicht bezahlt werden, es wird auch kein Geld ausbezahlt. Mit den Punkten kann man in den angeschlossenen Geschäften bezahlen. Davon profitiert nicht nur das Gewerbe, sondern sämtliche Einwohnerinnen und Einwohner. Mit diesem System hätten alle die Möglichkeit, in der Stadt die Wirtschaft zu fördern und selber auch zu profitieren. Geld fliesst erst dann,

wenn der Bonus am Schluss eingelöst wird. Der Unterschied gegenüber anderen Städten, die ein solches Bonussystem bereits besitzen, ist, dass wir bemüht sind, dass das Gewerbe mitzieht. Je breiter ein solches System abgestützt ist, umso grösser ist die Akzeptanz. Falls das Angebot zu wenig genutzt wird, muss dieses überprüft und Anpassungen vorgenommen werden. Für Lenzburg würde die Chance bestehen, dass es noch im laufenden Jahr eingeführt werden kann, um dann in Phase II mit anderen Ansätzen zu arbeiten. Auch hier gilt, dass die Solidarität unter den Gewerbebetreibenden in Lenzburg gefördert werden soll. Wir sind überzeugt, dass das Gewerbe Unterstützung benötigt. Wird nun alles bis ins Detail schon geregelt, verlieren wir zu viel Zeit. Es ist ein Aufruf an die Gewerbebetreibenden, dass sie sich selber auch darum bemühen und für Solidarität sorgen müssen. Viele Punkte müssen unter den Gewerbebetreibenden noch ausdiskutiert werden. Das Bonussystem soll aber Anstoss geben, um auf einer guten Basis in die nächsten Jahre zu gehen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wünscht noch jemand das Wort? Falls nicht, möchte ich vor der Abstimmung noch die juristische Seite hören, wie ist der Stand?

Stadtrat Martin Stücheli: Da es freiwillig ist und niemand dazu gezwungen wird mitzuwirken, sehen wir von der gesetzlichen Seite her kein Problem. Falls mit dem Kartensystem gearbeitet werden sollte, so wird das Kartensystem nicht von Lenzburg betrieben. Betreffend Datenschutz muss der Kartenbetreiber internationale Richtlinien einhalten.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Martin Stücheli. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 13. Mai 2020 wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen, bei 8 Stimmenthaltungen,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat lehnt den Verpflichtungskredit von Fr. 500'000.– für die Wirtschaftsförderung zur Minderung der volkswirtschaftlichen Schäden der Coronavirus-Epidemie ab.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 27. Juli 2020 ab.

8 Umfrage

Arbeitsklima

Julia Mosimann (SP): Das folgende Votum ist mir ein persönliches und wichtiges Anliegen. Ich möchte auch klarstellen, dass ich bei diesem Anliegen weder vom Stadtrat noch vom Stadtmann beeinflusst worden bin.

Ich habe mir in den letzten Wochen und Tagen vermehrt Gedanken über die Arbeit im Einwohnerrat gemacht. Ich habe immer wieder darüber nachgedacht, welches meine Erwartungen und Vorstellungen sind. Vor gut zweieinhalb Jahren, als ich in den Rat gewählt wurde, wusste ich nicht wirklich, was mich erwarten wird. Was für eine Arbeit auf mich zukommen, was für Diskussionen es geben und wie der politische Ablauf funktionieren wird. Ich war jedoch offen und neugierig für die neue Herausforderung. Ich habe mich auch gefreut, etwas zum Wohl unserer Stadt beitragen zu können. Ich zog in den letzten Wochen ein Fazit über diese erste Zeit und es fällt etwas ernüchternd aus. Es betrifft nicht die Arbeit an sich, denn diese ist sehr spannend. Es geht mir vielmehr um das Arbeitsklima, welches mir doch sehr Mühe bereitet. Ich nehme wahr, dass in letzter Zeit ein generelles Misstrauen gegenüber anderen Einwohnerratsmitgliedern und gegenüber dem Stadtrat herrscht. Ich nehme wahr, dass Diskussionen häufiger auf emotionaler als auf sachlicher Ebene stattfinden. Ich nehme wahr, dass immer wieder nach dem Haar in der Suppe gesucht wird und ich nehme wahr, dass man sehr im eigenen Parteidenken verankert ist. Ich möchte damit überhaupt nicht sagen, dass Diskussionen oder andere Meinungen nicht zugelassen werden sollen. Diese sind wichtig und man braucht sie, um weiterzukommen. Ich bin aber der Meinung, dass konstruktive Voten und Diskussionen auf sachlicher Ebene zielführender sind. Ich nehme momentan ein starkes Gegeneinander anstelle eines Miteinander wahr. Dies ist aus meiner Sicht nicht förderlich für die Arbeit im Einwohnerrat. Ich bedaure das sehr, da ich denke, dass das Miteinander auf Gemeindeebene sehr gut umsetzbar wäre.

Ich hatte mit meiner Wahl die Hoffnung aber auch die Erwartung, die Stadt weiterbringen zu können, aber gemeinsam und nicht im Alleingang. Es ist für mich frustrierend zu sehen, dass häufiger der Alleingang gewählt wird. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mehr erreichen können. Parteigrenzen sollten wir einmal fallen lassen und parteiübergreifend nach Lösungen und Ansätzen suchen. Es fällt mir auf, dass dies uns allen offenbar schwerfällt und dies aus meiner Sicht auch viel mit dem Misstrauen anderen gegenüber zu tun hat. Vor zweieinhalb Jahren gab es in diesem Rat aus verschiedensten Parteien frischen und jungen Wind. Neben mir wurden u.a. Phoebe Cueni und Bettina Häny in den Rat gewählt. Eine Riesenchance um zu vernetzen und zusammen zu arbeiten. Bei uns allen macht sich jedoch inzwischen in Bezug auf das überparteiliche Arbeiten und den Umgang untereinander im Rat eine Ernüchterung breit. Aus diesem Grund haben wir die drei wichtigsten Anliegen

aufgeschrieben, welche wir im Anschluss in Papierform auflegen werden. Die drei Forderungen oder Wünsche lauten:

- Wir wünschen uns für die zukünftige Arbeit im Einwohnerrat mehr sachliche als emotionale Debatten.
- Wir wünschen uns, dass Kritik und Voten in einem angemessenen Ton und konstruktiv geäußert werden.
- Wir wünschen uns, dass mehr miteinander und parteiübergreifend nach Lösungen und Ideen gesucht wird.

Alle im Rat tragen zum Klima und zur Arbeitsweise bei. Alle im Rat tragen eine gewisse Verantwortung. Ich denke es ist wichtig, dass wir dies von Zeit zu Zeit reflektieren, zu verbessern versuchen und uns vielleicht auch selber einmal an der eigenen Nase nehmen.

Gerade heute war ein Paradebeispiel, welches das Gegenteil beweist. Die heutige Sitzung war angenehm und würde den drei Punkten entsprechen, die wir uns wünschen. Voten aus verschiedensten Ecken mit verschiedenen Ansichten und trotzdem respektvoll und zielführend. Nichts desto trotz werden wir das Papier beim Eingang auflegen. Alle Interessierten dürfen sich gerne bedienen und mit ihrer Unterschrift auch ihre Zustimmung ausdrücken. Die Wünsche haben keine direkte Konsequenz. Es geht einerseits um die symbolische Wirkung, andererseits sind es Verhaltensregeln, welche aus unserer Sicht eigentlich selbstverständlich sein sollten. Wir würden diese Forderungen gerne im Sinne eines Appells an der nächsten Sitzung dem Einwohnerratspräsidenten überreichen. Ich wünsche uns in diesem Sinne für die Zukunft ein gutes Zusammenarbeiten. Wir haben alle das gleiche Ziel, dass wir unsere Stadt zusammen weiterentwickeln können.

Schlusswort

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: So, meine geschätzten Damen und Herren, ich erlaube mir noch kurz einen Ausblick auf die nächste Einwohnerratssitzung.

Am 7. Juli 2020 darf ich Euch im Rittersaal unseres schönen Schlosses begrüßen. Der Sitzungsbeginn ist auf 19.00 Uhr angesetzt. Je nach Wetter und Verhaltensregeln könnte es einen Aperitif geben.

Ich freue mich riesig, dass wir in unserer schönsten Woche als Lenzburger trotzdem noch ein besonderes Happening haben.

Kommt gut nach Hause und bleibt gesund. Ich hoffe, dass ihr allesamt Wirtschaftsförderung betreibt. Die Sitzung ist geschlossen. [Applaus]

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Der Präsident:

A large, stylized handwritten signature in blue ink, written over the text 'Der Präsident:' and 'Der Protokollführer:'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke extending to the right.

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:
24. September 2020